

Mitteilung
der Landesregierung

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Staatsministeriums vom 19. Januar 2022, Az.: VI-0123.049:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 4. Quartal 2021.

Hassler
Staatssekretär

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg**über aktuelle europapolitische Themen****4. Quartal 2021**

I. Europapolitische Schwerpunktthemen	2
Green Deal / Fit for 55	2
Weltklimakonferenz COP 26 und Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich	3
II. Laufende europapolitische Themen	5
Konferenz zur Zukunft Europas	5
Schweiz	10
Bekämpfung von Antisemitismus	11
Ausschuss der Regionen	12
Europafähigkeit und Europakommunikation	12
Europaöffentlichkeitsarbeit	13
III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit	14
IV. Entwicklungspolitik	22
V. Internationales	24

I. Europapolitische Schwerpunktthemen

Im vierten Quartal des Jahres 2021 bildeten der European Green Deal, die Weltklimakonferenz COP 26 und die Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich die Schwerpunkte der europapolitischen Aktivitäten des Staatsministeriums.

Green Deal / Fit for 55

Die Europäische Kommission hat am 14. Dezember 2021 in Ergänzung zu ihren „Fit for 55“-Vorschlägen vom Juli 2021 zwei weitere Gesetzespakete vorgelegt.

Dazu gehören zum einen weitere Regelungen für den Energie- und Klimabereich, u.a. mit der Verordnung zur Verringerung der Methanemissionen im Energiesektor, sowie die Überarbeitung der Richtlinie über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und der Verordnung über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen. Hier stehen vor allem die Dekarbonisierung des Gassektors und die Förderung von Wasserstoff im Mittelpunkt.

Zum anderen hat die Europäische Kommission ein Mobilitätspaket verabschiedet, mit dem schnelle Bahnverbindungen geschaffen, leichtere grenzüberschreitende Ticketkäufe ermöglicht, eine bessere Radinfrastruktur unterstützt und mehr E-Mobilität gefördert werden soll. Auf diese Weise soll dazu beigetragen werden, die Treibhausgasemissionen des Verkehrssektors bis 2050 um 90% zu senken. Das Paket umfasst u.a. eine Überarbeitung der Verordnung über Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V), welche das Ziel hat, 424 europäische Großstädte mit Häfen, Flughäfen und Eisenbahnterminals besser zu verbinden und die Reisezeiten auf dem TEN-V-Netz deutlich zu reduzieren. Zudem soll ein Aktionsplan zur Stärkung des Schienenpersonenverkehrs auf Fern- und grenzüberschreitenden Strecken die Mobilität in der EU nachhaltiger gestalten.

Während der Rat und das Europäische Parlament mit Blick auf die Julivorschläge zu „Fit for 55“ planen, ihre jeweiligen Positionen im Laufe des 1. Halbjahres 2022 zu erarbeiten, werden die im Dezember 2021 von der Europäischen Kommission verabschiedeten Vorschläge erst im 2. Halbjahr 2022 im Mittelpunkt der jeweiligen Verhandlungen stehen.

Darüber hinaus hat die Europäische Kommission am 21. Dezember 2021 ihre Beihilfeleitlinien für die Bereich Klima, Energie und Umwelt überarbeitet. Diese formulieren entscheidende Leitplanken zur Umsetzung der Ziele des European Green Deal und der Vorschläge zu „Fit for 55“. Für Baden-Württemberg steht dabei im Mittelpunkt, dass der EU-Rechtsrahmen künftig die in Deutschland mit der EEG-Novelle vom Dezember 2020 eingeführte Südquote für den Ausbau der Windkraft beihilferechtlich ermöglichen könnte. Eine Notifizierung der Südquote durch die Europäische Kommission sollte vor dem Hintergrund der nun überarbeiteten Beihilfeleitlinien im Frühjahr 2022 erfolgen. Diese ist für die Realisierung der im Koalitionsvertrag formulierten Ziele zum Windkraftausbau zentral. In diesem Zusammenhang hat sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann gemeinsam mit den Ministerpräsidenten von Bayern und Hessen sowie der Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz mit einem Schreiben an die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen aktiv in die Novellierung der entsprechenden Beihilfeleitlinien eingebracht. Zusätzlich dazu hat Staatssekretär Florian Hassler Gespräche mit den Kabinetten der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, der Exekutiv-Vizepräsidenten der Kommission Frans Timmermans und Margrethe Vestager, baden-württembergischen Abgeordneten im Europäischen Parlament sowie dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, Botschafter Michael Clauß, in Brüssel geführt.

Weltklimakonferenz COP 26 und Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich

Vom 6. bis 9. November 2021 reiste Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit einer hochrangigen Delegation aus Politik, Presse, Wirtschaft und Wissenschaft nach Großbritannien (Schottland und England).

Beim Besuch in Schottland, der von Ministerin Thekla Walker und Staatssekretär Florian Hassler sowie zwei Abgeordneten des baden-württembergischen Landtages (Raimund Haser MdL und Daniel Karrais MdL) begleitet wurde, stand die Generalversammlung der Under2Coalition am Rande der Weltklimakonferenz COP26 in Glasgow im Vordergrund. Der 2015 von Baden-Württemberg und Kalifornien initiierten Under2Coalition gehören heute mehr als 260 Staaten und Regionen an - sie repräsentiert mehr als 1,75 Milliarden Menschen aus über 40 Staa-

ten und rund 50% der Weltwirtschaft. Im Rahmen der diesjährigen Generalversammlung wurde das der Under2Coalition zugrundeliegende Memorandum angepasst - es wird am Pariser Abkommen ausgerichtet, das das Ziel einer Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad vorsieht. Damit einher gehen die Erreichung von Netto-Null Emissionen bis 2050 als Gesamtkoalition und die individuelle Erreichung dieses Ziels so bald wie möglich.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann führte am Rande der Generalversammlung mehrere Gespräche, insbesondere mit First Minister Nicola Sturgeon, mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit Schottland insbesondere zu den Themen Energie und Wasserstoff weiter auszubauen. Er unterzeichnete außerdem die Edinburgh-Erklärung für subnationale Regierungen, Städte und lokale Gebietskörperschaften zum Schutz der Artenvielfalt. Weitere Gespräche wurden mit einer kalifornischen Delegation unter Leitung des Sprechers der California State Assembly sowie den Präsidenten von Katalonien und Andalusien, Pere Aragonès und Juan Manuel Moreno Bonilla, geführt. Themen waren der Austausch und die Zusammenarbeit in den Bereichen Klimaschutz, Wasserstoff, nachhaltige Mobilität und Digitalisierung in der Gesundheitswirtschaft. Ministerin Thekla Walker traf ferner mit dem Umweltminister der Partnerprovinz Ontario, David Piccini, zusammen. Staatssekretär Florian Hassler traf gemeinsam mit Mitgliedern der Delegation mit verschiedenen Gesprächspartnern zusammen, um die Folgen des Brexit zu besprechen.

In London stand die Eröffnung des „Baden-Württemberg – UK Office“, der neuen Repräsentanz des Landes, im Vordergrund. Als Ehrengäste der Eröffnungsfeier sprachen der deutsche Botschafter in London, Andreas Michaelis, sowie Greg Hands, britischer Staatsminister für Wirtschaft, Energie und ökologisches Wachstum. Ministerpräsident Winfried Kretschmann wurde in London von Staatssekretär Florian Hassler, Staatssekretärin Petra Olschowski MdL, Staatssekretär Dr. Patrick Rapp MdL, den beiden Vertretern des Landtages sowie von einer Fachdelegation aus Wirtschaft und Wissenschaft begleitet.

Das BW – UK Office soll in London die bilateralen Wirtschafts-, Innovations-, und Wissenschaftsbeziehungen mit dem Vereinigten Königreich und seinen Landesteilen nach dem Brexit fördern. Leiterin des BW – UK Offices und Repräsentantin ist Nicola Pinder, eine Britin, die über 20

Jahre Erfahrung in der Internationalisierung und bei Investitionen zwischen Deutschland und Großbritannien verfügt. Betrieben wird die Repräsentanz im Auftrag des Staatsministeriums von Baden-Württemberg International, die sich in einer europaweiten Ausschreibung durchsetzen konnten. Der Schwerpunkt der Arbeit des „Baden-Württemberg – UK Office“ soll auf Zukunftsthemen im Bereich der Digitalisierung und Innovationsförderung liegen, wie künstliche Intelligenz (KI), Transformation in der Automobilwirtschaft, Start-up-Förderung, Gesundheitswirtschaft und Energie/Klimaschutz.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann führte - neben einem Gespräch mit Staatsminister Greg Hands – weitere Gespräche mit der Staatssekretärin im britischen Finanzministerium, Helen Whately, und dem parlamentarischen Staatssekretär Chris Philp, der für Technologie- und Digitalpolitik zuständig ist. Ziel war es auch hier, die Zusammenarbeit in den Bereichen Klimaschutz, Wasserstoff sowie Digitalisierung in der Gesundheitswirtschaft auszubauen und die künftige Tätigkeit der Repräsentanz politisch zu flankieren.

Bei einem Besuch der Universität Oxford stand die Information zur Forschung im Bereich der Digitalisierung in der Gesundheitswirtschaft auf dem Programm, ebenso wie eine Veranstaltung mit der Oxford University German Society und deutschen Studierenden zum Thema Klimaschutz.

II. Laufende europapolitische Themen

Konferenz zur Zukunft Europas

Die Konferenz zur Zukunft Europas hat im Berichtszeitraum ihre Arbeit fortsetzen können.

Nachdem die Europäischen Bürgerpanels ihre jeweils ersten Sitzungen in Präsenz im September und Oktober 2021 durchgeführt hatten, fand die jeweils zweite Sitzung im November 2021 wie geplant virtuell statt.

Die zweite Sitzung der Plenarversammlung tagte am 22./23. Oktober 2021 in Straßburg. Die Delegierten diskutierten über Berichte und Stellungnahmen der ersten Runde der Europäischen Bürgerpanels, der nationalen Bürgerpanels, des Europäischen Jugendevents und eine Zusammenfassung der Beiträge auf der Digitalen Plattform.

Infolge der vierten Welle der Covid-19-Pandemie konnten im Dezember 2021 nicht alle Sitzungen wie geplant stattfinden. So hatte der Exekutivausschuss am 4. Dezember 2021 beschlossen, das für den 10. bis 12. Dezember in Florenz geplante Bürgerforum stattfinden zu lassen, die Plenarversammlung der Konferenz im Dezember 2021 jedoch abzusagen.

In der Zwischenzeit sollen die Arbeitsgruppen ihre Arbeit im virtuellen Format fortsetzen können, um sicherzustellen, dass der gesamte Prozess voranschreitet.

Die nächsten Plenarsitzungen sind für 21./22. Januar 2022, 18./19. Februar 2022 und 11./12. März 2022 geplant.

Das Sekretariat der Konferenz hat den dritten Zwischenbericht über die mehrsprachige digitale Plattform vorgelegt, der alle Beiträge bis zum 3. November 2021 abdecken soll. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 29.012 Beiträge verzeichnet; die meisten davon zu den Themen „Demokratie in Europa“ und „Klimawandel und Umwelt“. Der Bericht kann unter folgendem Link abgerufen werden: https://futureu.europa.eu/rails/active_storage/blobs/eyJfcmlpbnVzZm9udWVzc2FnZSI6IkJBaHBBbFNHli-wiZXhwIjpudWxsLjEwIjBibG9iX2IklN19--3d2c9566c05f8cf855cc7d0dd5e75a3c52439342/COMM-2021-00809-00-00-DE-TRA-00.pdf

Das Staatsministerium hat eine eigene Reihe von virtuellen Bürgerdialogen zur Zukunftskonferenz durchgeführt. Dabei wurden Bürgerinnen und Bürger gefragt, wie sie auf Europa und die EU schauen und welche Themen sie bewegen, wenn es um die Zukunft Europas geht.

In Kooperation mit sechs Kommunen aus Baden-Württemberg (Tauberbischofsheim, Bad Waldsee, Hechingen, Philippsburg, Donaueschingen und Künzelsau) hat am 22./23. Oktober und am 12./13. November 2021 ein digitaler Bürgerdialog mit Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürgern aus den sechs Kommunen stattgefunden. Teilgenommen haben 65 Personen am ersten Wochenende und 50 Personen am zweiten Wochenende.

Die Bürgerinnen und Bürger haben in den für sie wichtigen Themen für die Zukunft der EU konkrete Ideen und Handlungsempfehlungen in thematischen Arbeitsgruppen erarbeitet. Ideen und Handlungsempfehlungen wurden in folgenden Themenfeldern vorgelegt:

- Klimaschutz und Ressourceneffizienz – Schwerpunkt Verkehr
- Positionierung der EU in der Weltpolitik
- Information, Transparenz und Beteiligung
- Stärkung des Wertekanons – Europa des Respekts
- Soziale Marktwirtschaft

Die Ergebnisse wurden auf der EU-weiten digitalen Plattform zur Zukunftskonferenz eingestellt (https://futureu.europa.eu/profiles/StaatsministeriumBW/activity?locale=de&filter%5Bresource_type%5D=Decidim%3A%3AMeetings%3A%3AMeeting).

Weiterhin fand am 19./20. November 2021 ein digitaler grenzüberschreitender Bürgerdialog mit Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürgern aus drei Kommunen am Oberrhein (Gundelfingen, Müllheim und Iffezheim) und drei Kommunen aus Grand Est (Sarreguemines, Marckolsheim, Buschwiller) statt. Teilgenommen haben insgesamt 35 Personen.

Die Teilnehmenden haben die für sie wichtigen Themen für die Zukunft der EU benannt, ihre Ideen und Vorschläge in thematischen Arbeitsgruppen entwickelt und anschließend mit der gesamten Gruppe konsolidiert. Ideen und Handlungsempfehlungen wurden in folgenden Themenfeldern vorgelegt:

- Demokratie in Europa
- Klimawandel und Umwelt
- Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit
- Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Beschäftigung, Digitalisierung

Die Ergebnisse wurden auf der digitalen Plattform zur Zukunftskonferenz eingestellt (https://futureu.europa.eu/profiles/StaatsministeriumBW/activity?locale=de&filter%5Bresource_type%5D=Decidim%3A%3AMeetings%3A%3AMeeting).

Das Staatsministerium hat in Kooperation mit dem sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, der Region Grand Est, der Region Dolnoslaskie, der Euroregion Elbe/Labe und EUREGIO EGRENSIS/EUROPE DIRECT Vogtland am 10./11. Dezember 2021 einen digitalen 6-Regionen-Dialog durchgeführt. An diesem Bürgerdialog haben 65 Bürgerinnen und Bürger aus Baden-Württemberg, aus Sachsen, der Region Grand-Est, der Region Dolnoslaskie (Polen) und den beiden Regionen Karlovasy Kraj und Ústecký Kraj (Tschechien) teilgenommen. Staatssekretär Florian Hassler hat zu Beginn des Bürgerdialogs ein Grußwort gesprochen. Zudem war er bei der Vorstellung der Ergebnisse des Bürgerdialogs zugeschaltet und hat diese aus seiner Sicht kommentiert.

In der ersten Phase des Projekts fanden bereits zwei Dialoge statt: am 19./20. November 2021 der oben erwähnte Dialog mit Bürgern aus Baden-Württemberg und Grand Est und am 27. November 2021 mit Bürgern aus Dolnoslaskie, Karlovasy Kraj, Ústecký Kraj und Sachsen. Die Themen „Klimaschutz und Umwelt“, „Stärkung der Kooperationen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“ und „Demokratie und europäische Werte“ waren in beiden Bürgerdialogen Thema und wurden daher im 6-Regionen-Dialog weiterbearbeitet.

Die Bürgerinnen und Bürger haben sich über ihre Erfahrungen im Zusammenleben in den Grenzregionen ausgetauscht und zu drei Themengebieten in sechs mehrsprachigen Kleingruppen konkrete Ideen und Handlungsempfehlungen für die Zukunft der EU erarbeitet.

Die Ergebnisse wurden auf der digitalen Plattform zur Zukunftskonferenz eingestellt (https://futureu.europa.eu/profiles/StaatsministeriumBW/activity?locale=de&filter%5Bresource_type%5D=De-cidim%3A%3AMeetings%3A%3AMeeting).

Am 10. Oktober 2021 fand der zweite Teil der Veranstaltungsreihe „Hey Europa – Wir sind deine Zukunft!“ für junge Europäer und Europäerinnen in Stuttgart statt. Die Veranstaltungsreihe ist ebenfalls Teil des baden-württembergischen Beitrags zur Konferenz zur Zukunft Europas und wurde von Europe Direct Stuttgart in Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Bildungszentrum Hospitalhof Stuttgart sowie dem

Staatsministerium, gemeinsam mit Partnern aus den Vier-Motoren-Regionen, organisiert. Thematische Schwerpunkte der Veranstaltung waren Digitalisierung und mentale Gesundheit. Diese wurden in verschiedenen Diskussionsrunden von den Jugendlichen aus den Vier-Motoren-Regionen Auvergne-Rhône-Alpes, Baden-Württemberg, Katalonien und Lombardei, bearbeitet und konkrete Beiträge zur Konferenz zur Zukunft Europas entwickelt. So waren die Ideen der jungen Menschen z.B. die Notwendigkeit einer verstärkten digitalen Bildung in europäischen Schulen und die Produktion einer Videoserie zur Sensibilisierung für Themen der mentalen Gesundheit, welche in allen EU-Sprachen veröffentlicht werden soll. Der internationale Austausch unter den jungen Menschen trug auch zum europäischen Gemeinschaftsgefühl bei und führte zu einem lebhaften Ideenaustausch, während dessen die Chancen und Herausforderungen für das zukünftige Europa reflektiert wurden. Der Veranstaltung war im Juni 2021 eine hybride Diskussion vorangegangen. Beide Events werden im Frühjahr 2022 durch eine Abschlussveranstaltung ergänzt werden, bei der die eigenen Beiträge zur Konferenz zur Zukunft Europas mit anderen Beiträgen verglichen werden sollen, um so die eigenen Positionen zu reflektieren.

Am 15. Oktober 2021 fand der „Jugend.Donausalon“ als hybride Veranstaltung statt, dem im September 2021 drei Online-Konferenzen vorangegangen waren. Der Präsenzteil wurde in der Landesvertretung von Baden-Württemberg in Berlin abgehalten. Themen waren die zuvor in den Online-Konferenzen im September 2021 ausgearbeiteten Punkte und Ergebnisse wie Europa aus Sicht von Jugendlichen aus Nicht-EU Staaten und deren Ideen und Forderungen für die Zukunft, die zunehmende Ost-West Migration und ihre Konsequenzen oder der intergenerationelle Dialog zu diversen Herausforderungen für die Zukunft Europas wie z.B. Klimaschutz und Digitalisierung. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion wurden die Ergebnisse der Online-Konferenzen Staatssekretär Florian Hassler und dem stellvertretenden Generaldirektor der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission, Normunds Popen, sowie mehreren anwesenden Botschaftern aus dem Donaunraum und der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Ergebnisse der Veranstaltungsreihe wurden als Beitrag zur „Konferenz zur Zukunft Europas“ auf die digitale Plattform hochgeladen.

Weitere Informationen sowie die ausführlichen Ergebnisse zu den Veranstaltungen sind auf dem Beteiligungsportal eingestellt (<https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/informieren/konferenz-zur-zukunft-europas/aktivitaeten-in-bw/>).

Landtagspräsidentin Muhterem Aras, die in ihrer Funktion als AdR-Mitglied an der Plenarversammlung der Konferenz teilnimmt, berichtete am 25. Oktober 2021 im Rahmen eines Debriefings per Livestream aus der Landesvertretung Brüssel (im Gespräch mit Gudrun Engel, EU-Korrespondentin im ARD-Studio Brüssel) über ihre Eindrücke der zweiten Sitzung der Plenarversammlung. Staatssekretär Florian Hassler eröffnete das Debriefing mit der Erwartung, mit der Konferenz eine transparente und ideenoffene Debatte über die Zukunft der EU zu führen, bei der die Bürgerinnen und Bürger eine gewichtige Stimme haben. Dies sei ein Ansatz, der auch in Baden-Württemberg erfolgreich praktiziert werde. Staatssekretär Florian Hassler verwies dabei auch auf Formate in Baden-Württemberg zur Zukunft Europas: landesweite Bürgerdialoge mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern aus verschiedenen Kommunen sowie grenzüberschreitende Dialoge der Kommunen vom Oberrhein und aus dem Elsass. Der Europastaatssekretär gab seiner Freude Ausdruck, dass das Modell der Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg als Blaupause für die Bürgerforen auf europäischer Ebene herangezogen wurde.

Schweiz

Am 6. Oktober 2021 besuchte der Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Guy Parmelin, in Begleitung seiner Gattin im Rahmen eines Staatsbesuches Baden-Württemberg. Neben der Teilnahme an einer gemeinsamen Podiumsdiskussion über die Zukunft der Zusammenarbeit Baden-Württemberg-Schweiz im „Pop-up-House of Switzerland“ in Stuttgart fanden ein bilaterales Gespräch sowie ein festliches Abendessen im Neuen Schloss statt. Kooperationen zu Zukunftsthemen wie Künstliche Intelligenz, IT und Gesundheitswirtschaft standen im Mittelpunkt des Staatsbesuchs. So unterzeichneten die Standortagenturen Baden-Württembergs und der Schweiz eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Zudem waren die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU nach dem Scheitern des Institutionellen Rahmenabkommens (InstA) Gesprächsthema.

Staatssekretär Florian Hassler setzte sich in den vergangenen Monaten bei einer Vielzahl von Gesprächen für gute Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz ein und unterstrich dabei die Mittlerfunktion Baden-Württembergs zwischen der Schweiz und der EU. Er machte auf die negativen Auswirkungen nach dem Scheitern des InstA auf die Grenzregion als Gesamtes sowie speziell auf Baden-Württemberg aufmerksam. Die negativen Folgen für Baden-Württemberg nach dem Scheitern des InstA sind vor allem bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Forschungszusammenarbeit sowie bei vielen ungenutzten Zukunftschancen der Zusammenarbeit, wie bspw. im Gesundheitsbereich und der Strom-/Energieversorgung zu sehen. Dies ist das Ergebnis einer im Juli 2021 vom StM durchgeführte Ressortabfrage (s. Quartalsbericht III/2021). Staatssekretär Florian Hassler forderte deshalb in den Gesprächen u.a. eine schnelle Assoziierung der Schweiz beim EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa und warb bei den Schweizer Nachbarn für eine enge Anbindung an die EU und eine positive Europapolitik. Dabei sprach er von Schweizer Seite mit Patric Franzen, dem stellvertretenden Staatssekretär des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, einer Delegation Eidgenössischer Räte, Urs Schnider, Schweizer Generalkonsul in Stuttgart, Rita Adam, Schweizer Botschafterin bei der EU. Mit Beat Jans, dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, sprach Staatssekretär Hassler vor allem über die direkten Auswirkungen auf die Grenzregion. Zudem wurde in der Landesvertretung in Brüssel im November 2021 eine Delegation der Außenpolitischen Kommission des Schweizer Nationalrats zu einem Austausch empfangen.

Darüber hinaus führte Staatssekretär Florian Hassler in Brüssel Gespräche zu den EU-Schweiz-Beziehungen mit Juraj Nociar, dem Kabinettschef des für die EU-Schweiz-Beziehungen zuständigen Kommissionsvizepräsidenten Maroš Šefčovič und dem EU-Abgeordneten Lukas Mandl, dem Berichterstatter des Europäischen Parlaments für den Schweiz-Bericht.

Bekämpfung von Antisemitismus

Am 16. November 2021 fand in der Landesvertretung in Brüssel die Online-Veranstaltung „Gemeinsam gegen Antisemitismus – Die Europäische Union und die jüdischen Gemeinden in BW im Gespräch“ statt. Anlass dafür war die von der Europäischen Kommission am 5.

Oktober 2021 erstmals veröffentlichte EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und Förderung jüdischen Lebens. Nach der Einführung von Staatssekretär Florian Hassler diskutierten Dr. Michael Blume, Beauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus, Katharina von Schnurbein, Koordinatorin für die Bekämpfung von Antisemitismus und für die Förderung jüdischen Lebens der Europäischen Kommission, Dr. Sergey Lagodinsky, Abgeordneter im Europäischen Parlament und stv. Vorsitzender der Arbeitsgruppe gegen Antisemitismus im Europäischen Parlament, Susanne Jakubowski, Vorstandsmitglied der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg und Rami Suliman, Vorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden über die EU-Strategie und deren konkreter Umsetzung in den Mitgliedstaaten und Regionen sowie über die Bekämpfung von Antisemitismus in Baden-Württemberg. Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und Vorsitzende der Arbeitsgruppe gegen Antisemitismus im Europäischen Parlament, musste ihre Teilnahme an der Veranstaltung kurzfristig absagen. Die Veranstaltung wurde von Stephan Ueberbach, Korrespondent des SWR in Brüssel, moderiert.

Ausschuss der Regionen

Am 15. November 2021 wurde Staatssekretär Florian Hassler mit Beschluss des Rates der EU zum Mitglied des Ausschusses der Regionen (AdR) ernannt. Anlässlich der 147. Plenarsitzung am 1. Dezember 2021 nahm Staatssekretär Florian Hassler an einer AdR-Plenarsitzung und der vorbereitenden Sitzung der Deutschen Delegation im AdR teil. Der französische Präsident Emmanuel Macron stellte im AdR-Plenum die Schwerpunkte des französischen Ratsvorsitzes im ersten Halbjahr 2022 vor und trat in einen Meinungs austausch mit den AdR-Mitgliedern. Ein weiterer Schwerpunkt der Plenarsitzung war die Konferenz zur Zukunft Europas. Hierzu fand eine Aussprache mit dem ehemaligen Präsidenten des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, zu möglichen Empfehlungen für die weitere Arbeit des AdR in der Zukunftskonferenz statt.

Europafähigkeit und Europakommunikation

Dynamischer Europapool – Jahrestreffen 2021

Am 15. Dezember 2021 fand im Haus der Wirtschaft das Jahrestreffen des Dynamischen Europapools im Zeichen der Zukunftskonferenz statt. Staatssekretär Florian Hassler hat die Teilnehmenden des Europapools

begrüßt und diskutierte mit Wolfgang Petzold, stellv. Direktor Kommunikation im Ausschuss der Regionen, der digital zugeschaltet war, und Lana Mayer, Leiterin des EuropeDirect Stuttgart über die Bedeutung der Zukunftskonferenz. Insgesamt nahmen 70 Poolmitglieder an der Veranstaltung teil.

Europaöffentlichkeitsarbeit

„Europapuzzle macht Schule“

Das Europa-Puzzle wird seit Beginn des neuen Schuljahrs wieder an Schulen in Baden-Württemberg verliehen. Insgesamt konnten bislang 610 Schülerinnen und Schüler aus 27 verschiedenen Klassen im Alter zwischen 6 und 15 Jahren auf spielerische Weise das Konzept der EU „begreifen“. Das Europa-Puzzle ist eine 1,50m x 1,50m große Landkarte von Europa, bei dem die EU-Mitgliedstaaten die einzelnen Puzzleteile darstellen. Es kam erstmalig vor den Europawahlen 2019 im Rahmen der Europakampagnen-Bustour zum Einsatz. Auch im neuen Jahr wird das Puzzle an weitere interessierte Schulen verliehen.

„SlamUp for Europe“

Das Projekt „SlamUp for Europe“ soll die Poesie mit politischer Bildung verbinden. Bekannte Poetry Slammer und Slammerinnen aus Baden-Württemberg organisierten für teilnehmende Schulen Workshops, in denen die Kunst des Poetry Slams vermittelt wurde. In den Workshops erhielten die Schülerinnen und Schüler dabei Grundkenntnisse im Schreiben eigener Texte mit Bezug zu Europa sowie im Vortragen. Teilnehmende Schulen waren das Gymnasium Balingen, die Integrierte Gesamtschule Mannheim, das Neue Gymnasium Leibnitz in Stuttgart, das Königin-Olga-Stift Stuttgart und das Michelberg-Gymnasium in Geislingen an der Steige. Die letzten Workshops fanden im Dezember 2021 statt. Als Abschluss soll ein Video produziert werden mit Eindrücken aus den Workshops, Interviews teilnehmender Schülerinnen und Schüler sowie Vorträge der Ergebnisse aus den Workshops.

Sonstiges

Nachdem viele Präsenzformate Corona-bedingt abgesagt werden mussten, wurde verstärkt auf digitale Formate gesetzt. Dies gelang mit Hilfe von Kooperationspartnern im Europanetzwerk Baden-Württemberg und auf kommunaler Ebene. Die Formate und Themenbreite waren vielfältig: z.B. Planspiel „Fakt oder Fake“, „EU-Pubquiz“, Gesprächsrunden mit

EU-Politikern, Bürgerdialoge und diverse Veranstaltungen zur Zukunftskonferenz.

III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit Frankreich

Gespräch von Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit dem Präsidenten der Région Grand Est, Jean Rottner

Ministerpräsident Winfried Kretschmann und der Präsident der Région Grand Est, Jean Rottner, trafen sich im Rahmen eines politischen Gesprächs am 20. Oktober 2021, um sich nach ihrer jeweiligen Wiederwahl und in Vorbereitung der für März 2022 geplanten Reise von Ministerpräsident Winfried Kretschmann zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auszutauschen. Themen waren das gemeinsam geplante Bürgerportal, der Hochschul-Verbund EUCOR sowie die Gremienarbeit am Oberrhein.

Gespräch von Staatsrätin Barbara Bosch und Staatssekretär Florian Hassler mit der Vize-Präsidentin der Région Grand Est, Brigitte Torloting

Am 15. November 2021 hatten Staatsrätin Barbara Bosch und Staatssekretär Florian Hassler die Vize-Präsidentin der Région Grand Est, Brigitte Torloting, zu einem Antrittsbesuch eingeladen. Das Gespräch diente dem Kennenlernen sowie dem Austausch über einige zentrale Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Bürgerbeteiligung.

Gespräch von Staatsrätin Barbara Bosch mit der französischen Generalkonsulin, Catherine Veber

Am 30. November 2021 fand ein Gespräch von Staatsrätin Barbara Bosch mit der französischen Generalkonsulin in Stuttgart, Catherine Veber, statt. Das Gespräch diente dem Kennenlernen sowie dem Austausch über einige zentrale Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Bürgerbeteiligung.

Zusammenarbeit in der Corona-Pandemie

Die deutsch-französische Videokonferenz mit den drei Grenzländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland sowie dem Bund (AA, BMI, BMG) auf deutscher Seite und der Präfektur, der Région

Grand Est, den Grenzdépartements, der regionalen französischen Gesundheitsbehörde ARS auf französischer Seite sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Luxemburg, der wallonischen Region Belgiens und der Schweiz fand im Berichtszeitraum weiterhin nach Bedarf und Entwicklung der Infektionslage statt. Das Format bietet die Möglichkeit, sich rechtzeitig über eventuell ansteigende Infektionszahlen auszutauschen und über nationale bzw. regionale Maßnahmen zu informieren bzw. sich hierüber abzustimmen. Auch die Verlegung baden-württembergischer Patienten im Bedarfsfall nach Frankreich oder in die Schweiz konnte thematisiert werden.

Podiumsdiskussion zum 70. Jubiläum des Institut Français de Stuttgart

Am 15. November 2021 diskutierte Staatssekretär Florian Hassler anlässlich des 70. Jubiläums des Institut Français de Stuttgart im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit der französischen Botschafterin, Anne-Marie Descôtes, zum Thema Frankreich und Baden-Württemberg in Europa und zu Fragen einer Arbeitsgruppe junger Europäer.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Deutsch-französischer Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ)

Am 11. November 2021 fand eine Arbeitssitzung unter der Leitung der frz. Präfektin Josiane Chevalier und Staatssekretär Roland Theis (Saarland) statt. Baden-Württemberg wurde bei der Sitzung von Staatssekretär Florian Hassler vertreten.

30. Sitzung der deutsch-französisch-schweizerische Regierungskommission Oberrhein

Am 13. Dezember 2021 tagte auf Einladung des Auswärtigen Amts virtuell zum 20. Mal die trinationale Regierungskommission Oberrhein mit Vertreterinnen und Vertretern der nationalen und der für den Oberrhein regional zuständigen Verwaltungen aus Frankreich, der Schweiz und Deutschland, unter Beteiligung von Baden-Württemberg. Die Mitglieder der Regierungskommission berieten über aktuelle Fragen in der grenzüberschreitenden deutsch-französisch-schweizerischen Zusammenarbeit und von der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz identifizierte Hindernisse im Lebensalltag der Grenzgängerinnen und Grenzgänger, vor allem auch im Kontext der sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen in der Corona-Krise. Thematisiert

wurde u.a. auch das Scheitern des Institutionellen Rahmenabkommens zwischen der EU und der Schweiz. Darüber hinaus diskutierten die Mitglieder die grenzüberschreitenden Bahnverbindungen sowie sich aus der Pandemiesituation ergebende Probleme für Grenzgänger bezüglich Homeoffice und Kurzarbeitergeld.

Internationale Bodenseekonferenz (IBK)

Am Vorabend der Sitzung des Ständigen Ausschusses am 11. November 2021 im Kanton St. Gallen wurden traditionell die IBK-Förderpreise an junge Kulturschaffende verliehen – in diesem Jahr in der Kategorie Textile Materialien. Die Sitzung des Ständigen Ausschusses widmete sich in erster Linie der Vorbereitung der Regierungschefkonferenz am 10. Dezember 2021. Zum Abschluss des Jahres befassten sich die Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertreter der IBK-Regionen u.a. mit der Fortschreibung der IBK-Strategie nach 2023 und dem Planungsstand der Aktivitäten im Jubiläumsjahr 2022. Außerdem wurde das Zielbild Raum und Verkehr für den Bodenseeraum verabschiedet und die Vorsitzenden der IBK-Kommissionen informierten über die Kommissionsaktivitäten in 2021 sowie die Planungen für 2022.

INTERREG

INTERREG Oberrhein

Im Berichtszeitraum traf sich die Ad-hoc-Programmierungsgruppe 2020+ zur Vorbereitung der Förderperiode 2021-2027 am 5. Oktober, am 9. November und am 13. Dezember 2021. Der Begleitausschuss tagte am 7. Dezember 2021 und hat für die Förderperiode 2014-2020 die letzten Projektgenehmigungen ausgesprochen sowie über den Umgang mit den Programmabschlussprojekten entschieden. Die Jahresinformationsveranstaltung am 9. Dezember 2021 verband den Rückblick auf das ablaufende Jahr mit der Vorausschau auf das im kommenden Jahr startende INTERREG VI A-Programm am Oberrhein.

INTERREG Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein (ABH)

Am 16. November 2021 befasste sich der Ministerrat mit dem Entwurf des Kooperationsprogramms für die Förderperiode 2021-2027 und billigte die darin enthaltenen politischen Prioritätensetzungen sowie die weiteren inhaltlichen und technischen Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Programms. Nach der erforderlichen Zustimmung aller Pro-

grammpartner wurde das Kooperationsprogramm 2021-2027 am 17. November 2021 bei der Europäischen Kommission zur Genehmigung eingereicht. Die Jahresinformationsveranstaltung am 20. Oktober 2021 verband den Rückblick auf das ablaufende Jahr mit der Vorausschau auf das im kommenden Jahr startende INTERREG VI A-Programm am Oberrhein. Am 8. November und 14. Dezember 2021 tagte die Programmierungsgruppe zur Vorbereitung der Förderperiode 2021-2027, vorbereitet wurden u.a. die Entscheidung über die künftige Gremienstruktur sowie Förderrichtlinien und Projektauswahlkriterien, die im Förderhandbuch für die Förderperiode 2021-2027 niedergeschrieben sein werden.

Makroregionale Strategien

EU-Strategie für den Donaoraum (EUSDR)

Am 11. Oktober 2021 fand eine Online-Sitzung der Task Force Jugendbeteiligung in der EUSDR statt. Die Task Force, an der das Staatsministerium beteiligt ist, hat zur Aufgabe, ein Konzept zur Beteiligung von jungen Menschen und Jugendorganisationen an der EUSDR zu erarbeiten.

Vom 19. bis 22. Oktober 2021 wurde in Ulm die internationale Online-Fachkonferenz „Wege aus Menschenhandel und sexueller Ausbeutung im Donaoraum“ durchgeführt, die vom Donaubüro Ulm/Neu-Ulm und weiteren Partnern organisiert wurde. Über 150 ausgewählte Expertinnen und Experten aus insgesamt zehn Donauländern kamen zum virtuellen Austausch und zur transnationalen Vernetzung zusammen, um Menschenhandel im Donaoraum effektiver zu bekämpfen. Die Durchführung der Konferenz wurde maßgeblich durch das Staatsministerium begleitet und auch finanziell unterstützt.

Im Vorfeld des Jahresforums der EUSDR wurde am 25./26. Oktober 2021 online der 8. Participation Day für die Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft organisiert. Inhaltlich befasste sich die Konferenz mit der partizipativen Entscheidungsfindung und der Mitgestaltung öffentlicher Dienstleistungen im Hinblick auf die Digitalisierung und eGovernment.

Das 10. Jahresforum der EUSDR fand unter slowakischer Präsidentschaft am 26./27. Oktober 2021 als hybride Veranstaltung in Bratislava

statt. Schwerpunkte waren die Themen Innovation und Jugend. Begleitend zum Jahresforum tagten online die für Digitalisierung und Innovation zuständigen Minister der EUSDR-Länder. Ministerin Nicole Hoffmeister-Kraut hat daran teilgenommen. Die Erklärung der Ministerinnen und Minister betonte u.a. die Notwendigkeit, die Themen Innovation und Digitalisierung als Querschnittsthema in die Aktivitäten zur Umsetzung der EUSDR aufzunehmen und in diesen wichtigen Bereichen die Zusammenarbeit zu verbessern. Zum 1. November 2021 hat die Ukraine die EUSDR-Präsidentschaft übernommen. Die inhaltlichen und politischen Schwerpunkte sollen u.a. auf den Themen Zivilgesellschaft und Jugend, Green Deal, Arbeitsmarkt/Humankapital im Zeitalter der Digitalisierung aber auch auf der Annäherung der Nicht-EU Staaten an die EU liegen.

Am 29. November 2021 fand online ein Treffen der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMA) zur EUSDR statt. Die IMA dient der ressortübergreifenden Koordinierung des Engagements Baden-Württembergs bei der Umsetzung der EUSDR.

Im Berichtszeitraum wurden zudem Online-Sitzungen des Schwerpunktbereichs 10 (Capacity Building und Zusammenarbeit) der EUSDR und der Nationalen Koordinatoren der Strategie durchgeführt.

EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

Am 6. Oktober 2021 tagte hybrid das Executive Board der EUSALP in Grenoble. Die Vertreter der an der Strategie beteiligten Staaten und Regionen befassten sich unter anderem mit der Frage der zukünftigen EUSALP-Präsidentschaften sowie den weiteren Schritten bei der Einrichtung der „Technical Support Structure (TSS)“, einer Geschäftsstelle für die Strategie. Offen ist noch, welches Land die Präsidentschaft 2023 übernimmt. Es wird weiterhin angestrebt, zukünftig eine feste Reihenfolge bei den Präsidentschaften zu etablieren.

Für die TSS liegt eine französisch-italienische Bewerbung vor, die inhaltlich überzeugt und weiter ausgearbeitet werden soll.

Am 8. Oktober 2021 fand ebenfalls hybrid in Grenoble auch eine gemeinsame Sitzung des Executive Board der EUSALP und der Leiter der Action Groups der Strategie statt. Themen waren u.a. Vorstellung der

Geschäftsordnung und die thematischen Gruppen des Jugendrates sowie Projektvorschläge. Darüber hinaus wurden das gemeinsame Papier zur Raumplanung und die Beiträge der EUSALP-Staaten und -Regionen zum Europäischen Jahr der Schiene vorgestellt.

Am 14./15. Dezember 2021 fanden das diesjährige Jahresforum sowie die Generalversammlung der EUSALP in hybrider Form in Nizza statt. Auf Grund der sich verschärfenden Situation rund um die Corona-Pandemie waren keine Vertreter aus Baden-Württemberg, aus Bayern oder dem Auswärtigen Amt vor Ort in Nizza. Vertreten wurde Deutschland in Nizza durch die Generalkonsulin aus Marseille. Mit dem Jahresforum endete die Präsidentschaft Frankreichs, die auf Grund der Corona-Pandemie auf zwei Jahre verlängert wurde. Schwerpunkte der französischen Präsidentschaft waren die Zusammenarbeit im Alpenraum zur Bewältigung des Klimawandels, Förderung der Anpassung an seine Auswirkungen und der Resilienz. Für 2022 haben die autonomen Provinzen Bozen-Südtirol und Trient die Präsidentschaft übernommen. Die Präsidentschaft soll im Zeichen des post-pandemischen Aufbruchs, der politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technologischen Transition als Antwort auf den globalen Klimawandel und der hierfür notwendigen Innovationskraft stehen.

Vier Motoren für Europa

Übergabe der Präsidentschaft von Katalonien an Auvergne-Rhône-Alpes

Am 3. Dezember 2021 fand in Barcelona die Übergabe der Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa von Katalonien an Auvergne-Rhône-Alpes statt. Aufgrund der pandemischen Lage nahm die baden-württembergische Delegation unter Leitung von Staatssekretär Dr. Patrick Rapp nur virtuell an der Veranstaltung teil.

Übergeordnetes Ziel der katalanischen Präsidentschaft war die Stärkung der transformativen Widerstandskraft in den Partnerregionen. Das Präsidentschaftsprogramm orientierte sich an den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen sowie den Zielen des Europäischen Green Deals. Es fanden verschiedene Veranstaltungen zum Umgang mit der Corona-Pandemie und dem Wiederaufbau der Wirtschaft statt. In diesem Zusammenhang entstand auch der „Vier Motoren Busi-

ness Passport“. In dieser Initiative haben sich die Außenwirtschaftsagenturen der vier Partnerregionen zusammengeschlossen und ein abgestimmtes Serviceangebot entwickelt, das sich in erster Linie an kleine und mittlere Unternehmen sowie an Start-ups richtet und beispielsweise Unterstützung bei der Suche nach Standorten, Lieferanten oder Kooperationspartnern anbietet.

Die Präsidentschaft Auvergne-Rhône-Alpes steht unter der Überschrift „Die Vier Motoren für wirtschaftlichen Aufschwung und nachhaltiges Wachstum“. Dieses übergreifende Thema soll in sechs Hauptbereiche unterteilt werden, die von den Arbeitsgruppen umgesetzt werden sollen. Ein wichtiger Aspekt soll dabei die gemeinsame Teilnahme an europäischen Aufrufen zur Einreichung von Projekten darstellen, sodass die Aktivitäten der Vier Motoren für Europa von der Finanzierung durch EU-Mittel profitieren können.

Bilaterale Zusammenarbeit

Gemischte Regierungskommission Baden-Württemberg – Kroatien

Staatssekretär Florian Hassler besuchte vom 20. bis 22. Oktober 2022 mit einer baden-württembergischen Delegation aus Verwaltung und Wirtschaft Kroatien. Neben einem politischen Gespräch mit der Co-Vorsitzenden der gemischten Regierungskommission, der Staatssekretärin im Außenministerium der Republik Kroatien, Andreja Metelko-Zgombić, stand eine Arbeitssitzung zu den Schwerpunkten der Zusammenarbeit im Mittelpunkt.

Im Rahmen des Besuchs wurden bedeutsame Innovationsprojekte vorgestellt, beispielsweise Vallis Solaris, ein Kooperationsprojekt im Bereich der Solarenergie auf Forschungs- und Entwicklungsebene, das auch auf die Ansiedlung einer vollintegrierten Photovoltaik-Fertigung in Kroatien abzielt. Des Weiteren wurden die Erfahrungen erfolgreicher Firmenbeziehungen zwischen Kroatien und Baden-Württemberg, wie z.B. der Firma Bürkle ITS aus Ötisheim, vorgetragen. Am Abschlusstag standen die Besichtigung eines Windparks und ein Fachaustausch zum Themenfeld erneuerbare Energien im Fokus. Die Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Klima, Umwelt und erneuerbare Energie soll weiter ausgebaut werden.

Die nächste Gemischte Regierungskommission soll 2023 turnusgemäß wieder in Baden-Württemberg stattfinden.

Antrittsbesuch des ungarischen Generalkonsuls bei Staatssekretär Florian Hassler

Der Antrittsbesuch von András Izsák, Generalkonsul der Republik Ungarn, fand am 25. November 2021 in der Villa Reitzenstein statt. Staatssekretär Florian Hassler betonte die langjährigen und guten Verbindungen mit Ungarn. Dazu gehört ein sehr lebendiger Kontakt zwischen den Menschen – die ungarische Gemeinde hierzulande, aber auch eine Vielzahl von Hochschulkooperationen (107), Schulpartnerschaften (55) und Städtepartnerschaften (124). Die gute Verwaltungszusammenarbeit insbesondere im Bereich der EU-Donauraumstrategie und der Gemischten Regierungskommission wurde betont. Staatssekretär Florian Hassler sprach die Rechtsstaatsthematik kritisch an, insbesondere im Hinblick auf das Art-7-Verfahren, die EU-Vertragsverletzungsverfahren und den Rechtsstaatsmechanismus, und betonte, dass der Einsatz für die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und die europäischen Grundwerte zentral für die Europapolitik des Landes ist. Staatssekretär Florian Hassler machte deutlich, dass Baden-Württemberg die Auffassung der Europäischen Kommission teilt, dass die ungarische Gesetzgebung gegen LGBTQ-Menschen diskriminierend ist. Auch der Antrag des Abgeordneten Nicolas Fink „Der Stellenwert europäischer Grundwerte und Rechtsstaatlichkeit in der Arbeit der Gemischten Regierungskommission von Baden-Württemberg und Ungarn“ und seine Behandlung im Europa-Ausschuss des Landtags am 29. September 2021 wurde diskutiert.

Antrittsbesuch des Konsuls der Republik Kosovo bei Staatssekretär Florian Hassler

Der Antrittsbesuch von Imer Lladrovci, Konsul der Republik Kosovo, fand am 13. Dezember 2021 in der Villa Reitzenstein statt. Staatssekretär Florian Hassler betonte die langjährigen und guten Verbindungen zwischen der Republik Kosovo und Baden-Württemberg. Hierzu tragen insbesondere die über 180.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger mit kosovarischen Wurzeln bei. Die kosovarische Gemeinde leistet einen wichtigen Beitrag für die Wirtschaft und Zivilgesellschaft in Baden-Württemberg.

Staatssekretär Florian Hassler betonte, dass es Baden-Württemberg ein Anliegen ist, die Westbalkanstaaten enger einzubinden und den Beitrittsländern eine europäische Perspektive zu geben. Im Rahmen des Antrittsbesuchs wurde die Entwicklung in den Westbalkanstaaten, insbesondere auch das Verhältnis zwischen Kosovo und Serbien thematisiert.

Das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL), Außenstelle Esslingen (früher Landesakademie Esslingen) setzt zurzeit mit drei Schulen aus Baden-Württemberg ein vom Staatsministerium finanziertes Projekt zur Qualifizierung von Lehrkräften aus dem Kosovo im Berufsfeld Bautechnik um. Dieses Projekt wird von beiden Seiten als best-practice hervorgehoben.

IV. Entwicklungspolitik

Die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg, der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals/SDGs) und des Pariser Klimaabkommens standen auch im vierten Quartal des Jahres 2021 im Zentrum der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums. Sie ist weiterhin beeinträchtigt durch die Corona-Pandemie.

Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ)

Die Stiftung feierte am 28. Oktober 2021 im Weißen Saal des Neuen Schlosses in Stuttgart ihr 30-jähriges Bestehen mit einem Festkonzert. Staatssekretär Rudi Hoogvliet würdigte in seiner Festansprache die Verdienste der Stiftung und nutzte die Gelegenheit für einen ersten Austausch mit der neuen burundischen Botschafterin.

Am 16. November 2021 beschloss der Stiftungsrat die Planungen für das Jahr 2022. Mit den Schwerpunkten „Burundi-Partnerschaft“ sowie „junges und kommunales Engagement“ sind diese eng mit den Aktivitäten des Staatsministeriums und der Mitgliederorganisationen aus dem Rat für Entwicklungszusammenarbeit abgestimmt.

Rat für Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (REZ) und Partnerschaft mit Burundi

Bei seiner Sitzung am 4. Oktober 2021 nahm der Rat die Einladung von Staatssekretär Rudi Hoogvliet an, gemeinsam die langjährige Landespartnerschaft mit Burundi zu vertiefen. Er widmete dementsprechend

seine Jahresklausur am 28./29. November 2021 diesem Thema und beschloss einstimmig, die Partnerschaft im Jahr 2022 zum gemeinsamen entwicklungspolitischen Jahresschwerpunkt zu machen. Am 5. November 2021 wurden in der Förderlinie bwrkt-Burundi die Landesmittel für die Projektarbeit im Rahmen der Partnerschaft vergeben. Am 11. November 2021 fand das Netzwerktreffen der Burundi-Akteure statt. In der Woche vor Weihnachten startete das Burundi-Aktionsprogramm der SEZ, welches die Vertiefung der Partnerschaft in den kommenden Monaten konkretisieren wird. Gegenseitigkeit, Respekt und Augenhöhe sollen diese Maßnahmen leiten.

Initiative Afrika im Blick

Neben den Burundi-Aktivitäten gab es im vierten Quartal weitere Veranstaltungen. Am 14. Oktober 2021 fand in Karlsruhe die Tagung „Africa across borders“ statt, welche migrantische, kommunale und Akteure aus Wirtschaft und Wissenschaft zusammenbrachte. Im Handlungsfeld Wirtschaft vernetzte am 9. November 2021 und am 14. Dezember 2021 das Digital Hub Karlsruhe Akteure aus der Region mit Partnern vorrangig aus Ostafrika zu den Themen Digitalisierung, Energie und Mobilität. Am 25. November 2021 fand das dritte Forum Global Partnership for African Development statt. Die englischsprachige Online-Veranstaltung brachte wie im Vorjahr mehrere Hundert Teilnehmende aus der ganzen Welt zu dem Thema „Transformative Partnerships for Sustainable Development in Africa“ zusammen.

Junges Engagement und das EU-Projekt MINDCHANGERS

Am 8. Oktober 2021 startete das EU-Projekt MINDCHANGERS in Baden-Württemberg durch. Bis Ende 2024 stehen für junges Engagement für Klimaschutz und Zusammenhalt in Baden-Württemberg und den europäischen Partnerregionen insgesamt mehr als 8 Mio. Euro zur Verfügung. Nach etlichen virtuellen Events hatten die ersten elf Jugendprojekte aus dem Land zum ersten Mal in Stuttgart-Bad Cannstatt die Möglichkeit, sich untereinander zu vernetzen (Projektdetails unter www.mindchangers.eu/projects).

Kommunales Engagement und die Initiative „Meine. Deine. Eine Welt.“

In September und Oktober 2021 gab es im Land über 160 Veranstaltungen im Rahmen der Initiative „Meine. Deine. Eine Welt“. Städte und Ge-

meinden, Initiativen und Eine-Welt-Netzwerke hatten sich dazu zusammengefunden. Zehn baden-württembergischen Kommunen und ihre entwicklungspolitisch Engagierten wurden für ihr besonderes Engagement für eine gerechtere Welt ausgezeichnet. Sie erhielten Preisgelder in Höhe von insgesamt 35.000 Euro. Leider musste die geplante Preisverleihung mit Herrn Staatssekretär Hoogvliet am 2. Dezember 2021 im Marmorsaal des Neuen Schlosses in Stuttgart kurzfristig wegen der Pandemie abgesagt werden. Preise und Gratulationsschreiben wurden postalisch zugestellt.

Migrantisches Engagement und das interkulturelle Promotoren-Programm

Auf der jährlichen Herbstkonferenz des entwicklungspolitischen Landesnetzwerks DEAB am 8. November 2021 wurden die Ergebnisse des vor einem Jahr gestarteten interkulturellen Promotoren-Programms vorgestellt. Die fünf Promotorinnen und Promotoren berichteten von ihren Beratungen und Vernetzungen. Eine Verlängerung des Programms wurde vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration in Aussicht gestellt.

Pop-Up FAIR HANDELN

Auf den Stuttgarter Herbstmessen präsentierte sich vom 19. bis 21. November 2021 die FAIR HANDELN Messe als Pop-Up. Das war ein wichtiges Zeichen, das vom Messepublikum dankend angenommen wurde. Die FAIR HANDELN Messe war sowohl an Ostern 2020 als auch 2021 ausgefallen; für 2022 ist ein Neustart geplant.

V. Internationales

Transatlantische Zusammenarbeit: Jubiläum 75 Jahre Speech of Hope und Deutsch-Amerikanisches Zentrum

Am 23. November 2021 veranstaltete das Deutsch-Amerikanische Zentrum eine Festveranstaltung zum 75. Jubiläum der Speech of Hope sowie des Amerikahauses und des Deutsch-Amerikanischen Zentrums/James-F.-Byrnes-Institut Stuttgart (DAZ), dessen Vorstandsvorsitzender Staatsminister Dr. Florian Stegmann ist.

Die Abendveranstaltung fand im Großen Haus der Staatsoper Stuttgart mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann, US-Generalkonsul Thatcher Scharpf, Staatsminister Dr. Florian Stegmann, Oberbürgermeister

Dr. Frank Nopper und weiteren hochrangigen Gästen statt. Hauptthema waren die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen seit der Speech of Hope und die Perspektiven für die Zukunft. Dabei wurde insbesondere hervorgehoben, dass die Speech of Hope, die nach dem Krieg die Re-Demokratisierung Deutschlands ermöglichte, auch heute noch Impulse geben kann für die Zusammenarbeit zum gemeinsamen Schutz von Demokratie und Werten und für drängende globale Fragen wie den Klimawandel. Neben kulturellen Darstellungen der Staatsoper, des Balletts und des Schauspiels Stuttgart fanden zwei Gesprächsrunden mit deutschen und amerikanischen Beteiligten zu den Themen „Strong Transatlantic Ties – Globale Herausforderungen gemeinsam angehen: Klima schützen, Demokratie stärken“ und „Städtepartnerschaften als interkulturelle Brückenbauer“ statt. Zivilgesellschaftliche Akteure der transatlantischen Zusammenarbeit, die eine wichtige Rolle spielen in den transatlantischen Beziehungen, wurden in die Festveranstaltung eingebunden. Ebenso wurde die Landespartnerschaft Baden-Württembergs mit Kalifornien hervorgehoben.

Zusammenarbeit mit Indien:

Antrittsbesuch des indischen Generalkonsuls Mohid Yadav bei Staatsminister Dr. Florian Stegmann

Staatsminister Dr. Florian Stegmann empfing am 14. Dezember 2021 den indischen Generalkonsul Mohid Yadav zu einem Antrittsbesuch. Themenschwerpunkte waren die bilaterale Zusammenarbeit mit Indien, die intensiv gepflegt wird, und insbesondere der weitere Ausbau der Beziehungen zum Bundesstaat Maharashtra, mit dem Baden-Württemberg seit 2015 eine Landespartnerschaft unterhält.

Nachdem 2020 eine Absichtserklärung mit Maharashtra unterzeichnet wurde, soll die Zusammenarbeit in den Bereichen Digitalisierung, neue Technologien, Klimaschutz und Start-Up-Förderung ausgeweitet werden. Maharashtra ist Mitglied des Klimaschutzbündnisses der Under2Coalition und bietet mit seinen Anstrengungen für einen stärkeren Umweltschutz einen interessanten Markt für baden-württembergische Unternehmen insbesondere in der Umwelttechnik. Darüber hinaus entwickelt sich Indien im IT-Bereich von einem Standort für Outsourcing zunehmend zu einem Hub für digitale Technologien.

Staatsminister Dr. Florian Stegmann erörterte mit Generalkonsul Mohid Yadav außerdem die Pandemiesituation. Indien hat sich mittlerweile von der sehr schwierigen Corona-Welle im Frühjahr 2021 erholt und treibt –

als größter Impfstoffproduzent der Welt – seine Impfkampagne voran. Baden-Württemberg hatte Indien im April und Mai 2021 mit einer Spende von 400 Beatmungsgeräten unterstützt.

Keynote von Staatsminister Dr. Florian Stegmann bei der Colaba Conversation in Mumbai /Indien

Bei der Colaba Conversation vom 1. bis 3. Dezember 2021, die der renommierte asiatische Think Tank Observer Research Foundation in Mumbai hybrid zum Thema langfristige globalen Lehren aus der Pandemie veranstaltete, hielt Staatsminister Dr. Florian Stegmann eine digitale Key Note.